

NEUE BUNDESREGIERUNG

SPÖVP: Wohlstand ungerecht verteilt

„Wohlstand muss gerecht verteilt werden“, war ein SPÖ-Leitspruch im Wahlkampf. Davon ist nichts mehr übrig.

Die neue Regierung braucht starken Druck von unten. Sonst kommen die Interessen der arbeiten-

den Menschen endgültig zu kurz.

Nach Schüssel, Haider, Grasser und Bartenstein, haben wir eine Regierung mit einem SPÖ-Kanzler namens Gusenbauer und mit ÖVP-Ministern an allen Schlüsselstellen. Die SPÖ hat die Hoffnungen vieler Menschen

auf eine andere Politik mit einer stärkeren sozialen Verantwortung enttäuscht.

SPÖ und ÖVP haben sich auf ein Programm geeinigt, das von der EU, der Industriellenvereinigung und den Sozialpartnern vorgezeichnet wurde. Alfred Gusenbauer macht dort weiter, wo

Viktor Klima als Bundeskanzler aufgehört hat: Als Vollstrecker einer Politik im Interesse des Großkapitals.

Das hat er vor der Wahl nicht gesagt. Genau das ist aber in der Politik der SPÖ angelegt. Der BAWAG-Skandal des ÖGB war kein Zufall, sondern die Folge des engen Zusammenwirkens von Großkonzernen, Banken und Spitzenfunktionären der SPÖ.



Nichts Gutes für die Österreicher hat die Spitze der Regierung im Sinn

fotos: SPÖ/Rigaud, ÖVP/Jungwirth

FERIENSPAß 2007 mit Kinderland Steiermark

Bestellen sie unseren Ferienkatalog

FERIENBÜRO GRAZ
0316/829070
www.kinderland-steiermark.at
office@kinderland-steiermark.at

NEUE ARBEITSZEITREGELN

Regierung: Zurück zur Sklaverei?

60 Stunden Arbeit in der Woche, 12 Stunden pro Tag – und das regelmäßig. Arbeit statt Leben lautet die Devise der Wirtschaft und der Bundesregierung. Eine Bestandsaufnahme zum Schauern.

Keine Frage – Arbeit ist wichtig und notwendig. Aber irgendwo hört sich der Spaß auf und fängt die Ausbeutung an. „Länger hackeln, weniger verdienen, und noch mehr Arbeitslose – ist das die Devise der sozialdemokratischen Regierungspackelei?“, fragt sich

Jakob Matscheko von der Kommunistischen Jugend. Die neue Bundesregierung plant ja, einige der größten Errungenschaften der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung abzuschaffen und sich arbeitsrechtlich ins 19. Jahrhundert zu katapultieren.

Nach dem Regierungspro-

gramm sollen die Kollektivverträge „generell ermächtigt“ werden, die Arbeitszeit auf 10 Stunden pro Tag hinaufzusetzen, bei Schichtarbeit sogar auf 12 Stunden. Außerdem wird die Einführung der 60 Stunden-Woche angekündigt! Zwar ist die Rede von einem Mindestgehalt, doch bezieht sich dieses nicht auf den Stunden-, sondern auf den Monatslohn. Da der Kollektivvertrag ohnehin 10 oder gar 12 Stunden Arbeit vorsieht, fallen weniger Überstunden an. Unterm

Strich bleibt weniger Geld.

Durch die Einführung der 12-Stunden-Schicht könnten viele Großbetriebe bis zu ein Drittel aller Dienstnehmer abbauen! Wer noch Arbeit hat, soll jetzt noch länger arbeiten und weniger dafür bezahlt bekommen.

Auch wenn vom ÖGB beruhigende Töne angeschlagen werden, so ist klar, dass sein Nachgeben und die Kapitulation gegenüber den Banken und Konzernen schon bisher nichts Gutes für die Arbeiter gebracht hat!